

leben des Orients, die nach dem russisch-japanischen Kriege zum Bewußtsein der internationalen Bourgeoisie kommen, sie verkünden ein neues Ende des Imperialismus überhaupt. Wenn sie in England die Bestrebungen zur Zusammenfassung der Kolonien mit weißer Bevölkerung fördern, wenn sie in Frankreich die Angst um das Kolonialreich akut machen, so schieben sie den deutschen Hoffnungen auf eine imperialistische Expansion zugleich ein für allemal einen Kiesel vor. Es ist doch charakteristisch, daß gut bürgerliche Weltpolitiker, wie Corbach, Schlieffen und andere den Ruf erheben: Fort von Kiautschou, bevor wir noch von China hinausgeworfen werden. Nicht minder charakteristisch ist la: von Rohrbad propagierte Suchen nach neuen Möglichkeiten, um China zu schmeicheln. Und wenn auch die Aussichten der türkischen Revolution nicht so gut sind, wie die der chinesischen Erneuerung, so sind doch die Bräutigams, die schon in Anatolien und Mesopotamien ein neues deutsches Reich entstehen sehen, heute viel ruhiger geworden. Selbst wenn der jungtürkischen Herrlichkeit auch der Atem ausgehen sollte und es bei ihrem Sturz zu einem Zerfall der Türkei kommen würde, wobei vielleicht auch Deutschland sein Teil erschnappen könnte, so steht doch im Hintergrunde die Frage: werden die kriegerischen kleinasiatischen Stämme gefügiger sein, als beispielsweise ihre iranischen Brüder? Auf imperialistischen Gebiete hatte der Offiziosus sonach nichts Erfreulicheres zu berichten, sein Schweigen war vollauf berechtigt und begründet. Und trotzdem wird die Bourgeoisie immer flottenfreundlicher. Ist sie verrückt geworden? Und wenn man schon so ihre Flottenfreundlichkeit eine Verrücktheit nennen wollte, warum ist sie verrückt? Die Antwort auf diese Frage wird auch eine Antwort auf das: Was weiter? sein. Darüber in dem Schlusssatz.

Aus der Partei.

Disziplin in der Partei.

In einem Artikel, der besonders deshalb bemerkenswert ist, weil er aus einem Lande stammt, in dem die Kantönpolitik gewissermaßen zum traditionellen Bestandteil der Politik gehört, nimmt das Züricher *Volksrecht*, das offizielle Organ der schweizerischen Sozialdemokratie, zu dem badischen Fraktionsstreik nochmals Stellung. Unter der Überschrift: *Gemeinsame Aktion*, führt unser Brudersblatt aus:

Die deutsche Sozialdemokratie war für die Arbeiterbewegung anderer Länder stets darin vorbildlich, daß sie die Einheit und Geschlossenheit der Aktion am besten zu wahren wußte. Sicher gab es zu allen Zeiten auch unter den deutschen Genossen verschiedene Meinungen über die Taktik, die für den gegebenen Zeitpunkt die beste sei, man diskutiere über diese Meinungsverschiedenheiten mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit und suchte sich gegenseitig zu überzeugen. Dieser Kampf der freien Meinungen nahm manchmal so scharfe Formen an, daß die Gegner schon jubelnd verfluchten, nun komme es endlich zur Spaltung der verhassten Sozialdemokratie. Doch jedesmal folgte die Enttäuschung auf dem Fuße. Die Beschlüsse, die nach den erregten Debatten gefaßt wurden, hielten alle für maßgebend; auch jene, die ihnen in der Diskussion opponiert hatten. Dadurch war es möglich, in allen Aktionen die Schlagkraft der gesamten Partei wirksam werden zu lassen.

Das Schauspiel, das wir in anderen Ländern, vor allem in Frankreich und bis auf die Spitze getrieben in Rußland, so häufig erlebt haben, daß man nicht nur miteinander diskutierte, sondern auch gegeneinander handelte, ist den deutschen Genossen, seit sie die heutige Form der Partei kennen, erspart geblieben. Denn dies Gegeneinanderhandeln hebt die Wirksamkeit der Aktion der Arbeiterklasse überhaupt auf. Es kommt ganz auf dasselbe heraus, ob wir unsere Handlungen gegenseitig aufheben, oder ob wir überhaupt nichts tun, unsere Hände untätig in den Schoß legen. Die gemeinsame Aktion ist daher die Voraussetzung, unter der allein die ganze Kraft des Proletariats wirksam werden kann. An dieser gemeinsamen Aktion werden wir uns auch beteiligen, wenn wir glauben, daß momentan die Mehrheit in der Partei einen falschen Beschluß gefaßt, sich im Irrtum befindet.

Solche Irrtümer müssen an der harten Notwendigkeit der äußeren Tatsachen erkannt werden, und können dadurch, daß im Inneren der Partei Fraktionen gegeneinander wirken, nicht beseitigt werden. Im Gegenteil. Der Irrtum wird in solchem Falle noch viel länger festgehalten, weil das Wägen der Aktion nicht dem eigenen Interesse, sondern den Quertreibereien der Parteigenossen zugeschieben wird.

Wenn wir den Klassenkampf führen wollen, dann dürfen wir nicht nach unserer eigenen momentanen individuellen Ansicht handeln, sondern müssen uns als Glieder eines höheren Organismus, als Mitglieder der Partei, fühlen. Wir müssen dann

den Mut und die Selbstüberwindung haben, auch einmal mit unsern Genossen einen Fehler zu machen, und dürfen ihnen niemals im Momente der Aktion entgegenreten. Wir können nur gemeinsam kämpfen und gemeinsam siegen.

Das war die Überzeugung, die bisher stets die deutsche Sozialdemokratie befestigt und die ermöglichte, daß in allen Aktionen stets die gesamte Kraft der Partei zum Ausdruck kam. Als ein Attentat gegen die gemeinsame Aktion wird denn auch von dem Großteil der deutschen Parteipresse die Haltung unserer badischen Genossen bei der Abstimmung über das Budget empfunden. Ob man für oder gegen das Budget zu stimmen hatte, ist eine ganz untergeordnete Frage gegenüber der, ob die badischen Genossen fernerehin gewillt sind, an der gemeinsamen Aktion festzuhalten oder nicht. Der Münchener Parteitag hat mit aller Klarheit beschlossen, daß das, was die badischen Genossen jetzt taten, nicht zu geschehen habe. Sie haben sich jedoch ungescheit über diesen Beschluß hinweggesetzt. Dadurch kommt die Einheit und Schlagkraft der Partei in größte Gefahr.

Nachdem das Blatt für eine Prüfung der Frage plädiert hat, inwieweit der Zentralismus in der Gesamtpartei gehen darf, um nicht die Landesautonomie aufzuheben, fährt es fort:

Der Wunsch nach Autonomie ist sicher berechtigt, wenn diese Autonomie nicht in den und in der Schweiz nur allzu gut bekannten Kantönlichkeit übergeht.

Der Weg, den die badischen Genossen zur Erlangung der Autonomie eingeschlagen haben, ist aber ein direkt parteischädigender, weil ihr Vorgehen die offene Mißachtung der Gesamtpartei erkennen läßt. Am meisten wird man sich aber wundern müssen, daß die badischen Genossen keinen geeigneteren Zeitpunkt finden konnten, um die Frage der Autonomie der einzelnen Landesparteien aufzurollen, als den Moment, wo sich das gesamte Proletariat Deutschlands mit aller verfügbaren Energie zu einem neuen Sturmangriff gegen die Reaktion rüsten sollte. Die Wahlen, die die größten Siegeshoffnungen bieten, liegen vor der Tür und unsere Abgeordneten in Baden wissen nichts Besseres zu tun, als ein Frage aufzurollen, die die gemeinsame Aktion in Gefahr bringt.

Die Parteiorganisationen zur Budgetbewilligung in Baden.

Eine sehr stark besuchte Parteiverammlung für den 10. sächsischen Reichstagswahlkreis (Stollberg-Schneeberg) nahm nach einem Referat des Genossen Schöpflin und nach sehr lebhafter Debatte gegen vier Entschlüsse die nachstehende Resolution an: Die Verammlung erklart in der Budgetabstimmung der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtages einen groben Disziplinbruch. Die Abstimmung steht im Widerspruch mit der Münchener Resolution und ist um so schärfer zu verurteilen, weil der dabei verübte Disziplinbruch bewußt und mit Absicht ausgeführt worden ist. Das Verhalten der Fraktion zur Monarchie erklart die Verammlung für ein solches, das für Sozialdemokraten beschämend ist.

Die Genossen des 6. sächsischen Reichstagswahlkreises beschäftigten sich in einer Mitgliederversammlung mit dem internationalen Kongreß in Kopenhagen und der Landesversammlung in Leipzig. Zu Delegierten wurden durch Urabstimmung für den internationalen Kongreß der Genosse Hertwig-Ebbau und Genossin Gradenauer, für die Landesversammlung die Genossen Wolf-Deuben, Liebischer-Ebbau, Eitling-Deuben und Genossin Gradenauer gewählt. In seinem Referat über die Landesversammlung kam Genosse Eitling auch auf die Haltung des Dresdner Parteiblattes zur badischen Budgetfrage zu sprechen. Wir zitieren nach dem in der Dresdner Volkszeitung abgedruckten Bericht:

Bei dieser Gelegenheit sprach Medner seine Bewunderung über die Haltung der Genossen im badischen Landtage aus und mißbilligt den in der letzten Nummer des Dresdner Volksblattes erschienenen Leitartikel über diese Frage. Er führe nicht die klare Sprache und präzisere keine klare Stellung, wie sie die Genossen wünschen. Solche Artikel bleiben besser ungelesen. Dem Dortmundener Parteiblatt gegenüber habe die Dresdner Volkszeitung einen viel klareren Standpunkt eingenommen.

In der Diskussion wurde dem Medner von mehreren Seiten zugestimmt, von einer eingehenden Debatte über die badische Angelegenheit wurde jedoch abgesehen, weil sie in einer bevorstehenden Verammlung, die sich mit dem Parteitag beschäftigen wird, eingehend behandelt werden soll.

Aus dem Mutterlande des Großblocks. Aus Pforzheim (Baden) schreibt man uns: Der hiesige sozialdemokratische Verein hat eingesehen, daß man sich doch nicht so rasch für die staatsmännische Leistung unserer Budgetbewilliger begeistern kann, wie ihre Führer meinen. Es soll die Frage in 14 Tagen vor einer Verammlung mit Referat und Korreferat beauftragt werden. Inzwischen hatten wir doch eine lebhafte Aussprache beim Bericht über die Konferenz des 9. Reichstagswahlkreises, die vor kurzer Zeit in Durlach stattfand und den Genossen Eichhorn wieder für die Kandidatur in Aussicht nahm. Die Debatte ließ erkennen, daß auch in der strittigen Angelegenheit der Budgetbewilligung es ohne Gegenseite nicht

abgehen wird. In diesem Wahlkreise sind 33 Mitglieder, zu deren Mitgliederzahl die Stadt Pforzheim allein 20 Prozent stellt. Die Zahl der Parteigenossen des Kreises ist auch sehr wieder um etwas über 300 gestiegen. Das ist aber für eine so hervorragende industrielle Gegend keine genügende Zunahme. Der Hauptfehler liegt an dem Mangel einer Parteipresse, durch die die Massen des Proletariats gewonnen und erzogen werden. Wohl ist es schwer, mit den bürgerlichen Zeitungen in der Menge der getesteten Druckschwarz zu konkurrieren; aber mit einem sozialdemokratischen Blatt, das auf das hungende Volk alle Rücksicht nimmt und dagegen die hiesige Schmutzerei mit der herrschenden Gesellschaft verpönt, müßte es gelingen, einen grundsätzlichen Kampfenden, auch opferwilligen Nachwuchs in der Partei heranzuziehen. Erweitert man in besserer Weise auch auf dem Lande die notwendige Begeisterung für unsere großen Ziele, zeigt man den Massen unablässig, daß sie nur von der politischen Weiterentwicklung der Vertreterin des arbeitenden Volkes, keineswegs von der Gutwilligkeit der bürgerlichen Gegner eine radikale Umänderung ihres wirtschaftlichen Klassenloses zu erwarten haben, dann ist sich auch die Beitragsfrage immer besser; sie gedeiht durch die Liebe zur großen sozialdemokratischen Einheit; dabei vergeht dann die Lust, sich an der badischen Kantons-Politik der Eigenbrödelei zu beteiligen, wie sie heute in der Neuen Zeit so vortrefflich geübt wird.

Die Braunschweiger Genossen beschäftigten sich in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins mit dem neuesten badischen Fraktionsstreik. Der Referent, Genosse Antik, gestellte scharf das Verhalten der Budgetbewilliger und Monarchengrattulanten, das an Parteiverrat grenze. In der Diskussion plädierte Genosse Dr. Jaspert, der im übrigen den badischen Disziplinbruch mißbilligte, dafür, daß die endgültige Entscheidung darüber der in diesem Falle höchsten Instanz, dem badischen Parteitag (!) überlassen werde. Diesem Verlangen traten die übrigen Redner energisch entgegen. Genosse Wagner führte aus, die badischen Abgeordneten hätten wissen müssen, daß die ganzen Gegner, namentlich der Reichsverband, mit Sehnsucht auf einen Sclandau in der Partei warten, um unsere glänzende politische Stellung zu erschüttern. Es bleibe dabei, das Verhalten der Parteigenossen in Baden sei entweder ein Parteiverrat, wenn ihre Handlung bewußt war, oder es war eine große Dummheit. Die Sache müsse auf dem Parteitag gründlich und entschieden, aber mit aller Ruhe und Sachlichkeit behandelt werden. Bei der Wahl der Delegierten sollten die Parteigenossen ihr prinzipielles Parteiempfinden sprechen lassen, und nur solche Parteigenossen als Delegierte hinstellen, von denen sie überzeugt sind, daß sie nicht mit vollem Herzen für die Wahlen hingen, sondern daß sie auch das radikale Empfinden der Genossen gut vertreten.

Die Verammlung erklärte sich dem Vorschlag der Funktionäre entsprechend gegen wenige Stimmen dafür, daß den Delegierten ein gebundenes Mandat erteilt werden solle in der Form, daß sie sich verpflichten müssen, für Hochhaltung der Parteitagbeschlüsse und für Verurteilung der badischen Abgeordneten einzutreten. Ferner wurde beschlossen, vier Delegierte, so viel wie dem Kreis seiner Mitgliederzahl entsprechend zuzufügen, nach dem Parteitag zu entsenden. Als Delegierte wurden vorgeschlagen: Antik, Wagner, Bunge, Stegmann, Frau Brenner, Frau Pesse und Heinrich Riese, von denen vier zu wählen sind.

Auch der Sozialdemokratische Verein zu Gemelingen bei Bremen nahm zu der badischen Budgetbewilligung Stellung. Nach einer regen, sachlichen Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Gemelingen bedauert aufs tiefste den Disziplinbruch der badischen Genossen, die im Landtage für das Budget stimmten. Die Generalversammlung fordert vom Parteivorstande, daß er einer derartigen, die Partei schädigenden Handlungsweise energisch entgegentritt und daraus die nötigen Konsequenzen zieht.

Auch ein hierzu gestelltes Amendement wurde einstimmig angenommen. Es lautet:

Die heutige Generalversammlung empfiehlt dem Parteitag, die badischen Genossen, die für das Budget gestimmt haben, aus der Partei auszuschließen.

Kritikale Berichterstattung. Aus Straßburg schreibt man uns: Die liberale Presse in Elsass-Lothringen und wahrscheinlich auch anderwärts, legt ihre eigentümliche Berichterstattung über die Landesversammlung der reichsständischen Sozialdemokraten fort und gibt die Kritik, die dort an der Rassenführung geübt worden ist, in der gleich unwahren und tendenziösen Weise wieder. Den Kritikern wird nun Gelegenheit gegeben werden, ihre Behauptungen vor Gericht zu beweisen.

Aus der holländischen sozialdemokratischen Partei. Der außerordentliche Parteitag der S. D. A. P. zu Deventer, der den Ausschluß der drei Tribüne-Redakteure und die Spaltung der holländischen Partei zur Folge hatte, gewährte der in der Partei verbliebenen marxistischen Minorität eine einmal wöchentlich erscheinende Zeitschrift zu Het Volk. Die Genossin Roland-Holt und Genosse Wibaut hatten gemeinschaftlich die Redaktion dieses Wochenblattes übernommen. Die Kritik des Blattes an den Taten der Partei und speziell der Kammerfraktion, insbesondere die aus der Feder der Genossin Roland-Holt, fanden auf dem diesjährigen Parteitag der S. D. A. P. zu Leeuwarden von der übergroßen Mehrheit der revisionistisch gestimmten Delegierten scharfe Abweisung. Seit Mitte Mai erschienen dann keine Artikel mehr von der Hand der Genossin Roland-Holt im *Weekblad* und vor einigen Tagen teilte Het Volk auf ihr Ersuchen mit, daß sie in keiner Weise mehr als Rednerin in der Arbeiterbewegung auftreten könne. Ihr Mitredakteur Wibaut teilte nunmehr im letzter erschienenen *Weekblad* mit, daß die Genossin Roland-Holt dem Parteivorstande der S. D. A. P. mitgeteilt habe, daß sie ihr Amt als Redakteurin niedergelegt habe. Er selbst, der bei Antrittung der Redaktion erklärt habe, daß er diese Aufgabe ohne Frau Holt nicht übernehmen hätte, habe beschlossen, die Redaktion von Het *Weekblad* weiterzuführen und sich bereits mit dem Parteivorstand zur Anweisung eines anderen Mitredakteurs in Verbindung gesetzt.

Der Parteivorstand der S. D. A. P., der durch Urwahl gewählt wird, ist nunmehr nach verschiedenen Wahlgängen wie folgt zusammengesetzt: A. D. Wiegand, 1. Vorsitzender; J. G. van Ruythoff, Schrift- u. Kassensührer; J. M. Wibaut, 2. Schriftführer; diese bilden den Ausschuss. Ferner J. D. Schaper, 2. Vors.; D. Spielman, L. M. Hermans, J. van der Goet, J. J. Troelstra und M. Wendels.

Als Delegierte zum internationalen Kongreß zu Kopenhagen entsendet die holländische Sektion der S. D. A. P. 7 Delegierte und zwar die Genossen van Kol, Schaper, Troelstra, Wiegand, Wibaut, Duys und Wendels; die S. D. P. 2 Delegierte und zwar die Genossen Fern. Gorter und D. J. Wynkoog; der Verband der Diamantarbeiter 2, der der Zigarren- und Tabakarbeiter 1 Delegierten.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Lob der Arbeiterbewegung aus Scharfmachermunde.

Die Kölnische Zeitung, die sich, wo es sich um soziale Kämpfe handelt, stets auf die Seite des Unternehmertums stellt, bringt in ihrer Ersten Morgenausgabe vom letzten Sonnabend einen Artikel über das Verhalten der Arbeiter bei großen Ausständen und Aussperrungen. Das Blatt meint, dieses Verhalten

Thaler ein, der gerade, wie gewöhnlich, vom Finsterwirt kam.

Der Buchhalter hatte beim Finsterwirt seinen Stammtisch. Da fanden sich in einer der gemütlichen Stuben ein paar andre alte Kracher zusammen. Der Finsterwirt ist eine der frühesten Gaststätten Brigens. Der etwas aufsekkende Name stammt von einer uralten Wirtsgerechtsame. In früheren Zeiten durfte der Gastgeber in diesem Hause nur so lange ausshenken, bis der Abend herein dunkelte. Daher hieß man ihn im Volksmund den Finsterwirt. Das wurde natürlich längst abgeschafft. Man konnte jetzt beim Finsterwirt auch bis tief in die Nacht hoden.

Der Stammtisch des Christian Thaler war eine recht schweigsame Gesellschaft. Die alten Herrn tranken ihr Bierle Wein, rauchten ihre Pfeifen und saßen zumischt mit ihren eigenen Gedanken beschäftigt, still da. Selten, daß einer an den andern das Wort richtete. Sie kannten sich ja schon seit vielen Jahren und hatten sich nichts sonderliches mehr zu sagen. Man sah einander regelmäßig, und das genügte. Dem Christian Thaler konnte diese Gesellschaft alter Sonderlinge nur passen. Er war ja selber alles eher, denn gesprächig. Die Brigner hatten der schweigsamen Gesellschaft beim Finsterwirt aber schon seit geraumer Zeit einen etwas hoshastigen Ueberramen aufgebracht. Man nannte den Stammtisch allgemein das „Wachfigurenkabinett“.

„Franz!“ hörte der junge Senn den Buchhalter hinter sich rufen.

„Ja, Herr Thaler. Sind Sie auch noch am Weg?“ Franz blieb stehen und ließ den alten Mann an sich herankommen. Trotz der Freundschaft, die diese beiden seit Jahren verband, wagte es Franz nie anders als „Herr Thaler“ zu sagen. Das war die Hochachtung vor dem Alten, die der Junge empfand und die ein vertrauliches Du nie aufkommen ließ.

„Ja, ich hab' mich ein bißel verpätet. Hab' noch die Zeitung g'lesen.“ sagte Christian Thaler, als sie nun nebeneinander einhergingen. Es fiel Franz auf, daß der Alte noch müder und verträumter war als sonst.

„Sind Sie nit wohl, Herr Thaler?“ fragte er. „Mir geht's ganz gut!“ lenkte der alte Buchhalter schroff ab. Dann gingen sie schweigend weiter. Nicht geradewegs heim. Unwillkürlich schlugen sie zusammen noch einen kleinen Bummel ein. Durch die Laubengasse nach dem Pfarrplatz.

Vor dem Haus der Bergrätin blieb Christian Thaler stehen, stützte sich auf seinen Spazierstock und schöpfte tief Atem.

„Meinst nit, Franz, es war a dummer Streich?“ frug er dann ganz und gar unvermittelt.

„Was meinen Sie eigentlich?“ Franz wußte sofort, worauf der Alte anspielte.

„Das mit der Agnes. Sie ist a braves Mädel!“ sagte Christian Thaler mit einer Wärme, die Franz bei dem alten Buchhalter gar nicht gewohnt war.

„Wir passen nit füreinander!“ erwiderte Franz kurz. Christian Thaler starrte ihm nun eine Weile zerstreut und völlig weltverloren ins Gesicht. Dann gab er sich einen Ruck. „Wenn du dich nit täuschst!“ sagte er fast traurig.

Schweigend gingen die beiden durch die Pfarrgasse über den Domplatz heim. Keiner sprach mehr ein Wort.

Und doch hätte Christian Thaler noch so gerne und so viel mit dem Franz geredet. Aber es erging ihm wie in den Jahren, als die tote Frau Senn noch eine junge Frau war und die Luft zwischen den Gatten immer breiter und tiefer wurde.

Damals hätte er auch reden sollen und hatte die rechten Worte nicht gefunden. So blieb er auch heute ruhig und schwieg. Wie damals.

(Fortsetzung folgt.)